

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die 10-spalt. Millimeterzeile oder deren Raum 8 S., Restame 18 S. Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1.20 einschl. 18 S. Beförd.-Geb., zur 26 S. Zustellungsgeb.; d. Wg. für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konfusionen hinfällig wird. Erfüllungsort: Stuttgart. Verlagsort: Nagold. Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1.40 einschl. 20 S. Aussträgergeb.; Einzeln. 10 S. Bei Nichterscheinen der Zeit. ins. höh. Gewähr gerichtl. Eintreib. od. Konfusionen hinfällig wird. Erfüllungsort: Stuttgart. Verlagsort: Nagold. Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1.20 einschl. 18 S. Beförd.-Geb., zur 26 S. Zustellungsgeb.; d. Wg. für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konfusionen hinfällig wird. Erfüllungsort: Stuttgart. Verlagsort: Nagold. Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1.40 einschl. 20 S. Aussträgergeb.; Einzeln. 10 S. Bei Nichterscheinen der Zeit. ins. höh. Gewähr gerichtl. Eintreib. od. Konfusionen hinfällig wird. Erfüllungsort: Stuttgart. Verlagsort: Nagold.

Nummer 28

Mittwoch, Samstag, den 3. Februar 1934

57. Jahrgang

Ein kommunistischer Mord

Der Kommunisten auf der Flucht erschossen

Potsdam, 2. Febr. Dem geheimnisvollen Verbrechen in Nowosibirsk sind die Beamten der Staatspolizei Potsdam bald auf die Spur gekommen. Schon jetzt ist festgestellt worden, daß der noch nicht gefasste Mörder des Richters Kattner in Verbindung mit dem noch nicht restlos verschlungenen kommunistischen Geheimapparat in Verbindung stehenden haben muß.

Der ermordete Richter Kattner war früher leitender Funktionär in der KPD und ein naher Vertrauensmann Thälmanns. Auf Grund seiner über gemachten Auslagen war er der Kronzeuge in dem bevorstehenden Hochverratsprozeß gegen Thälmann, durch die Belandungen Kattners sollte erneut d. o. Hochverratsverbrechen der Kommunisten unter Beweis gestellt werden. Von kommunistischer Seite war Kattner wiederholt aufgefordert worden, nach Rußland zu gehen. Kattner leistete diesem Befehl nicht Folge, weil er befürchtete, in Rußland umgekommen zu werden. Nunmehr beschloß der kommunistische Geheimapparat, Kattner durch Mord zu beseitigen. Die K. G. als kommunistische Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hat die Tat durch Rundschreiben, einer sogenannten schwarzen Liste, vorbereitet.

Im Zusammenhang mit den in der Sache geführten Ermittlungen sollten vier kommunistische Spionefunktionäre, die sich schon seit einiger Zeit in Haft befinden über die Art der Vorbereitung des Mordes Auskunft geben. Aus diesem Grunde wurden diese vier Kommunisten von Berlin aus zur Staatspolizei Potsdam zu Gegenüberstellungen und Vernehmungen übergeführt. Auf dem Transport drangen sie beim Passieren des sogenannten Kilometerberges in Wannsee aus dem Kraftwagen und versuchten, im anstehenden Waldgebiete zu entkommen. Die Polizeibeamten nahmen sofort die Verfolgung der flüchtenden Kommunisten auf. Als diese auf mehrmalige Haltbefehle nicht hörten, sondern ihrerseits gegen die Beamten mit Gewalt vorzugehen versuchten, feuerten diese in ihrer Bedrängnis in pflichtgemäßem Ermessen aus ihren Dienstwaffen auf die Kommunisten, die getroffen zu Boden sanken und bald nach dem Fluchtversuch an ihren Verletzungen starben.

Wie wir nachträglich erfahren, war der Ermordete gerade im Besitz der Polizei die Mörder der vor einigen Jahren auf dem Wilhelmsplatz in Berlin ermordeten Polizeioffiziere Anlauf und Reuf angegeben. Mit welcher Dreistigkeit jetzt dieser kommunistische Mord ausgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß der Mord am helllichten Tage an einer stark besuchten Verkehrsstraße in Nowosibirsk geschah.

Alle monarchistischen Verbände aufgelöst

Berlin, 2. Febr. Einer Anregung des preussischen Ministerspräsidenten folgend hat sich der Reichsminister des Innern veranlaßt gesehen, die Landesregierungen zu ersuchen, alle monarchistischen Verbände sofort aufzulösen und zu verbieten. Die Maßnahme hätte sich erübrigt, wenn sich die Verbände der gebotenen Zurückhaltung befleißigt und auf die Bitte rein geschichtlicher Erinnerungen beschränkt hätten. Der nationalsozialistische Staat wird die historischen Verdienste großer deutscher Fürsten und preussischer Könige stets anerkennen. Er kann es aber nicht dulden, daß sich dunkle Elemente in die monarchistische Bewegung einschleichen und den Versuch machen, sie zu einer Opposition gegen den nationalsozialistischen Staat auszubauen. Schon solche Versuche verstoßen gegen Sinn und Geist des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933, das die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als einzige in Deutschland bestehende Partei anerkennt hat.

Urlaubszug Stuttgart fährt am 18. Februar 1934

Stuttgart, 2. Febr. Soeben wird bekannt, daß der Sonderzug der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ am Sonntag, den 18. Februar 1934, vormittags etwa 7 Uhr im Hauptbahnhof in Stuttgart abfährt. Der Zug wird zunächst nach München geleitet, wo die Fahrteilnehmer verpflegt werden. Anschließend wird der Zug geteilt nach Rosenheim bzw. Bayerisch Zell fahren. In den letzten Tagen sind die Anmeldungen für den Sonderzug vermehrt zahlreich geworden, daß die erforderliche Teilnehmerzahl bereits heute fast erreicht ist. Eine große Anzahl von Unternehmern hat den einzelnen Teilnehmern zur Deckung der Selbstbeteiligungskosten u. a. Beihilfen teilweise bis zur Höhe von 50 RM. gewährt während andere Unternehmer bis jetzt noch mit solchen Maßnahmen geögert haben. Es ist zu hoffen, daß diese Mitteilung dazu beitragen wird, auch die bis jetzt noch zurückbleibenden Firmen zu veranlassen, die Urlauber in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Der Führer spricht auf der Gauleitertagung

Berlin, 2. Februar. Die Gauleitertagung in Berlin fand, wie die NSD, meldet, am Freitag ihren Höhepunkt und Abschluß in der Rede des Führers vor den versammelten Reichsleitern, Gauleitern und Amtsleitern der Obersten Leitung der politischen Organisationen.

In eingehenden Ausführungen wies der Führer zunächst auf die Größe und Bedeutung der Aufgabe hin, den nunmehr eroberten Staat nicht nur mit der nationalsozialistischen Weltanschauung völlig zu durchdringen, sondern auch den gesamten Staatsapparat im Geiste der siegreichen Bewegung zu einem geschlossenen, lebensvollen Organismus auszubauen. Wenn die nationalsozialistische Revolution gegen den Novemberstaat kommen mußte, weil dieser volksfremde Staat gegen das flutende Leben der Nation Dämme aufrichtete, dann werde der nationalsozialistische Staat sich so organisieren, daß seine innere Volkserbundenheit naturgemäß seinen Bestand garantiere.

Als stabiles Gerüst einer solchen Staatsorganisation brauche die Führung eine Garde von zuverlässigen politischen Funktionären, eine Verwaltungsapparatur, die die Führung in die Lage versetze, das nationalsozialistische Gedankengut auf allen Gebieten auch praktisch zu verwirklichen. Nur mit einem solchen schlagfertigen Instrument, das weltanschaulich durchdringt und von treuestem Pflichtbewußtsein durchdrungen sei, könne die Weisheitsfähigkeit nach unten voll zur Wirkung kommen. Wenn wir dem nationalsozialistischen Staat einen beratend geschlossenen Apparat, dessen Vollendung natürlich seine Zeit erfordere, geschaffen hätten, dann liege darin eine ganz außerordentliche Leistung für die Zukunft unseres Volkes.

Die Form, in der die Verschmelzung von Weltanschauung und Staat durchgeführt werde, sei die Partei. In der großen, vom ganzen Volke getragenen Gemeinschaft des Nationalsozialismus müsse die Partei ein auserselbener Orden des Führertums sein, der den nationalsozialistischen Staat für alle Zukunft zu garantieren bestimmt sei. Was der Staat vom Volk verlange, das werden die Glieder einer verschworenen Führergemeinschaft in bedingungsloser Unterordnung unter seine Befehle in komprimierter Form bei sich selbst verwickeln. In dieser auf Geduld und Ver-

der verbundenen Gemeinschaft werde, nachdem andere Faktoren staatspolitischer Beständigkeit nicht mehr vorhanden seien, die absolute Kontinuität der Entwicklung der deutschen Nation für alle Zukunft niedergelegt sein. Mit der unerschütterlichen Fundamentierung dieser Führungshierarchie sei auch die Frage der Parteiführung an sich gelöst und diese für alle Zeiten gesichert. Denn nachdem diese neue Führerorganisation des deutschen Volkes durch eine einmalige, schöpferische Leistung errichtet sei, gewährleiste sie nunmehr in sich die durch nichts zu unterbrechende Folge der höchsten Führerpersönlichkeit. Wer in kommenden Zeiten als Führer vor die Bewegung gestellt werde, werde immer die Partei als ein beispiellos geschlossenes, in blindem Gehorsam der Idee dienendes Instrument, und damit bereits den sicheren Garantien für die weitere Zukunft finden.

In seinen von wahrhafter Größe getragenen Ausführungen unterstrich der Führer weiter die starken krisispennenden Wirkungen der Geschlossenheit, der Autorität und der Disziplin, in der die gesamten Führer der Bewegung wie Kreuzritter hinter jeden Entschluß der Partei treten. Das Bestehen dieser unerschütterlichen Einheit der Führergemeinschaft der Partei und die Kraft, die sie ausströme, sei unerlässlich für die zukünftige Existenz der gesamten Nation. Der Führer gab seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß das deutsche Volk allem widerstehen werde und könne, wenn die Bewegung ihre Eigenschaften ganz auf den Staat übertrage. In der Harmonie zwischen Partei und Staat liege letzten Endes die Kraft, die es dem Staat ermöglichen, alle Probleme zu meistern. Die akkumulierte Kraft des Volkswillens, wie sie am 12. November der Welt sichtbar gemacht worden ist, sei dafür ein einzigartiger Beweis.

Der Führer schloß mit der Mahnung, stets dieses aufgezeigten großen Gesichtspunktes eingedenk zu sein. Wer in ihrem Sinne handle, der trete ein für die Unsterblichkeit der Bewegung und damit unseres Volkes.

Ablehnende österreichische Stellungnahme

zur Antwortnote der Reichsregierung

Wien, 2. Febr. Das Kabinett hat in einer bis in die späten Nachstunden andauernden Sitzung den Inhalt der dem österreichischen Gesandten in Berlin übermittelten Antwortnote der Reichsregierung zu dem österreichischen Schritt vom 17. Januar d. J. geprüft. Ueber die Beratungen des Kabinetts, das unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Dollfuß saute, wurde in der Nacht folgende amtliche Verlautbarung der österreichischen Regierung veröffentlicht:

„Die Antwort der deutschen Reichsregierung auf den österreichischen Schritt in Berlin vom 17. Januar d. J. ist in den späten Abendstunden in Wien argelangen und wurde dem in dieser Stunde noch tagenden Ministerrat zur Kenntnis gebracht.

Der Ministerrat mußte aus der Antwort der deutschen Reichsregierung mit Bedauern entnehmen, daß auch dieser Versuch der österreichischen Bundesregierung, den Konflikt unmittelbar zwischen den beiden deutschen Staaten zu vereinigen, bei der deutschen Reichsregierung kein Verständnis gefunden hat. Die Antwort der deutschen Reichsregierung trägt den von der österreichischen Bundesregierung erhobenen Beschwerden in keiner Weise Rechnung und begnügt sich damit, die einzelnen Beschwerdepunkte einfach in Abrede zu stellen. Aus diesem Grunde hat der Ministerrat die deutsche Antwortnote einseitig für unbefriedigend gefunden. In dem zureichenden Vertrauen auf das gute Recht und in einmütiger Entschlossenheit wird die Bundesregierung unter Führung des Bundeskanzlers Dollfuß nunmehr den Weg weitergehen, der ihr durch die Verhältnisse aufgezwungen ist.“

Die deutsche Antwort an Oesterreich

Berlin, 2. Febr. Das österreichische amtliche Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats in Wien vom 2. ds. Mts. teilt mit, daß die Antwortnote der deutschen Reichsregierung den von der österreichischen Bundesregierung erhobenen Beschwerden in keiner Weise Rechnung trage und sich damit begnüge, die einzelnen Beschwerdepunkte einfach in Abrede zu stellen. Aus diesem

Grunde habe der Ministerrat die deutsche Antwortnote einseitig für unbefriedigend befunden. Ansehts dieser Stellungnahme der österreichischen Regierung hält es die deutsche Regierung für angebracht, die deutsche Antwort nachstehend bekanntzugeben:

Antwort auf die von dem Herrn österreichischen Gesandten am 17. Januar überreichte Note

Die Note enthält eine einseitige Schilderung gewisser Vorkommnisse in Oesterreich und verbindet damit den Vorwurf, daß diese Vorkommnisse auf eine unzulässige, von Deutschland aus unternommene Einmischung in die innerpolitischen österreichischen Verhältnisse zurückzuführen seien. Sie spricht von einem Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten und gibt dem ganzen Fragenkomplex eine Darstellung, die ihn von vornherein unter einen falschen Gesichtspunkt rückt. Bevor die deutsche Regierung auf die einzelnen Vorkommnisse eingeht, hält sie es für nötig, diesen falschen Gesichtspunkt richtigzustellen.

Es handelt sich nicht um einen Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten als solche, der unter die von der österreichischen Regierung geltend gemachten formalen Begriff des Völkerrechts fällt, sondern um die Auseinandersetzung der österreichischen Regierung mit einer Bewegung des ganzen deutschen Volkes. Der Nationalsozialismus, der die Bevölkerung des Reiches mit elementarer Kraft ergrieffen und der die deutsche Bevölkerung Oesterreichs schon seit langem in seinen Bann gezogen hat, wird von der österreichischen Regierung mit allen Mitteln der Gewalt in seiner legitimen Entwicklung und freien Entfaltung gehindert. Es ist selbstverständlich, daß durch die politische Grenze zwischen dem Reich und Oesterreich das Gefühl völkischer und acyrischer Verbundenheit nicht beeinträchtigt und das Uebergetrenn volksbewegender Ideen nicht aufgehalten werden kann. Die österreichische Regierung kann nicht erwarten, daß Deutschland einem Regierungsverhältnis gleichgültig gegenübersteht, das alles das entrechtet und unterdrückt, was das deutsche Volk mit neuem Mut und neuer Zuversicht erfüllt. Es ist unvermeidlich, daß der schwere innerpolitische Konflikt in Oesterreich auch auf das Verhältnis des Reiches zu Oesterreich seine selbstläufige



Kümmertung hat. Trotzdem hat die deutsche Regierung es auf das peinlichste vermieden, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs einzumischen. Sie hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß ihr jeder Gedanke an gewaltsame Einmischung oder irgend eine Verletzung vertraglicher Bindungen vollkommen fern liegt. Sie kann daher nur ihr lebhaftes Bestreben darüber äußern, daß die österreichische Regierung bei mehrfachen Anlässen die deutsche Regierung verdächtigt hat, als ob sie die Unabhängigkeit Österreichs bedrohe.

Bei der grundsätzlichen Einstellung der deutschen Regierung verleiht es sich im Gegensatz zu der Darstellung der österreichischen Regierung ganz von selbst, daß die deutsche Regierung es nur begreifen würde, wenn endlich eine Verständigung zwischen der österreichischen Regierung und der Nationalsozialistischen Partei in Österreich herbeigeführt werden könnte. Auch von Seiten nationalsozialistischer Kreise in Deutschland ist niemals etwas geschehen, was einer solchen Verständigung hätte entgegenwirken können. Ferner hat auch, soweit hier bekannt, die nationalsozialistische Partei in Österreich selbst niemals ihre Mitarbeit an der Lösung des innerpolitischen österreichischen Problems abgelehnt. Die österreichische Regierung weiß das, daß die Zusammenkunft, die auf Grund der Berliner Demarche des Herrn Österreichischen Gesandten vom 1. Januar dieses Jahres zwischen Herrn Bundeskanzler Dollfuß und Herrn Habicht durch Vermittlung der Reichsregierung vereinbart worden war, im letzten Augenblick nicht etwa von nationalsozialistischer Seite, sondern von der österreichischen Regierung ohne jeden inhaltlichen Grund abgelehnt worden ist.

Daß die deutsche Regierung stets darauf Bedacht genommen hat, eine Verschärfung der Lage zu vermeiden, kann die österreichische Regierung zum Beispiel aus der Zurückhaltung erleben, mit der von deutscher Seite der Zwischenfall Schumacher behandelt worden ist. Obwohl es sich um die Erziehung eines Reichswehrbrüder durch beauftragte österreichische Grenzpatrouillen auf deutschem Gebiet handelte, und obwohl die gemeinsame Unterzeichnung der Meinungskund der österreichischen Organe ergab, hat die deutsche Regierung alles getan, was eine schnelle Beilegung dieses ersten Zwischenfalles ermöglichte. Trotzdem hat die österreichische Regierung es bisher unterlassen, die zugehörige gerichtliche Sühne herbeizuführen. Die deutsche Regierung muß darauf bestehen, daß ihr jetzt endlich die damals in Aussicht gestellte Mitteilung über die Beiträge der Täter zugeht.

Nach diesen Ausführungen ging die Reichsregierung dann auf die einzelnen von der österreichischen Regierung erhobenen Beschwerdepunkte näher ein, über die wir noch berichten werden.

Das französische „Aide memoire“

zur deutschen Gleichberechtigungsforderung
Immer dieselben Vorbehalte

Paris, 2. Febr. Das „Aide memoire“ der französischen Regierung zu den Forderungen Deutschlands hinsichtlich seiner militärischen Gleichberechtigung ist nunmehr veröffentlicht worden. Es nimmt einleitend Bezug auf den von der deutschen Regierung wiederholt ausgesprochenen Wunsch, zwischen Frankreich und Deutschland Verhandlungen anzubahnen, in denen die Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern geregelt werden sollen, ein Wunsch, den die französische Regierung nicht weniger klar beantwortet habe.

Durch die dem französischen Vorkämpfer gegebenen Erklärungen und Informationen sei die französische Regierung nunmehr in der Lage, sich zu den verschiedenen Punkten, die bisher zur Sprache gekommen seien, zu äußern.

Die französische Regierung, so heißt es weiter, geht zunächst nur auf die Vorschläge der Reichsregierung ein, ohne für den Augenblick die allgemeinen Erwägungen zu erörtern, die zur Unterstützung dieser Vorschläge besonders in bezug auf den Küstenschutz Deutschlands angeführt werden. Sie begrüßt die Bereitschaft der Reichsregierung, mit allen Nachbarn Nichtangriffspakte abzuschließen; diese wären nur insoweit zweckmäßig, als sie, ohne die in Krisis befindlichen Abkommen, namentlich aus dem Locarno-Vertrag, zu schmälern, neue Sicherheitsgarantien schaffen könnten, durch die die Signalstaaten gleichzeitig gegen jede Bedrohung ihrer äußeren Unabhängigkeit und gegen jeden Versuch der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten geschützt werden.“ Ebenso nimmt die französische Regierung mit Beilegung zur Kenntnis, daß die Reichsregierung „wenigstens im Prinzip“ einer an Ort und Stelle vorzunehmenden automatischen und periodischen und in ihrer Gegenseitigkeit gleichen Kontrolle zustimme; sie möchte aber wissen, ob Deutschland den im Laufe der letzten Genfer Komitee-Arbeiten — „an denen Deutschland leider nicht teilgenommen hat“ — in Aussicht genommenen Maßnahmen zustimmt. Ueber einen besonders wichtigen Punkt müsse sich die französische Regierung in aller Offenheit ausdrücken:

„Im gleichen Augenblick, wo das Reich unter Bedingungen, die die Regelung der gegenwärtigen Schwierigkeiten erleichtern sollten, seinen guten Willen versichert, glaubt es, auf dem Gebiete der Küstungen ein Programm von Forderungen aufstellen zu sollen, das den Grundfragen direkt zuwiderläuft die die Genfer Konferenz und zwar mit Zustimmung der deutschen Abordnung selbst, bisher anerkannt hat, und die in der Erklärung der Botschaft vom 11. Dezember 1932 auf die die deutsche Regierung gerne Bezug nimmt, ausdrücklich ins Auge gefaßt hat. Aus den Angaben der deutschen Regierung geht nämlich nicht nur hervor, daß Deutschland die Erhöhung seiner ständigen Truppenzahl auf 200.000 Mann verlange, sondern auch, daß diese Zahl bei weitem noch nicht die Gesamtzahl der Streitkräfte darstellen sollte, über die Deutschland jederzeit verfügen könnte, ohne daß eine Mobilisierungsmöglichkeit nötig wäre. Denn es komme die beträchtliche Zahl der Polizeikräfte hinzu, deren Charakter als militärische Organisation in den früheren Konferenzarbeiten anerkannt sei und deren Abschaffung trotz der erheblichen Verstärkung der ständigen Personalbestände, wie sich aus dem Programm der Reichsregierung ergäbe, nicht beabsichtigt zu werden scheint. Besonders seien hinzuzurechnen die militärischen Organisationen, die seit der Machtergreifung des letzten Regimes eine

Entwicklung und einen Ausbau erfahren hätten, das sie ein unumgängliches militärisches Problem darstellten. Das „Aide memoire“ erklärt weiter, daß die Angehörigen dieser Formationen mindestens zum großen Teil durch Reichswehrbrüder ausgebildet, daß sie wenn auch nicht alle, ständig bewaffnet, mindestens in der Handhabung der Kriegswerkzeuge ausgebildet seien, jederzeit zur Verfügung ihrer Führer ständen, jezt auch Kraftfahrformationen, Kavallerie-Einheiten, ja Pioniertruppen umfaßten und ihre Organisation und räumliche Verteilung den Verhältnissen beim Heere genau nachgebildet seien. Die französische Regierung müsse deshalb darauf beharren, daß die Nichtberücksichtigung solcher Formationen bei der Berechnung der Personalbestände einen angemessenen Vergleich zwischen den in Frage kommenden Streitkräften unmöglich mache. Die französische Regierung stelle ferner fest, daß die deutsche Regierung auf dem Gebiete des Kriegsmaterials zu Lande und in der Luft eine bedeutende Aufrüstung verlange. Die in der Erklärung vom 11. Dezember 1932 grundsätzlich anerkannte Gleichberechtigung setze aber in ihrer praktischen und direkten Verwirklichung eine vorherige Angleichung und Vereinheitlichung der Personalbestände voraus, und Deutschland vertrete selbst die Ansicht, daß mehrere Jahre hierzu nötig seien. Die französische Regierung fordert schließlich eine klare Äußerung über die Frage vor welchem Zeitpunkt an die Kontrolle wirksam werden soll. Die Einführung und Erprobung dieser Kontrolle unter Bedingungen vollständiger Gegenseitigkeit sind nun aber gerade die Voraussetzungen für eine locale Durchführung des Abkommens. Nur so ist es möglich, die in Aussicht genommenen Rüstungsverminderungen in gegenseitiger Sicherheit zu bewerkstelligen.“

Frankreich erklärt sich zu einer Abänderung des britischen Planes in dem Sinne bereit, daß einer Herabsetzung der französischen Streitkräfte in den ersten Jahren zeitlich eine Umbildung der jetzt bestehenden deutschen Streitkräfte mit dem Ziele des einheitlichen Taps eines Verteidigungsheeres mit kurzer Dienstzeit und beschränkter Truppenzahl parallel läuft; d. h. der Personalbestände die zur Verteidigung des Mutterlandes bestimmt sind. Hinsichtlich des Landkriegsmaterials will Frankreich von Beginn des Abkommens den gegenwärtigen Stand seiner Gesamtbestände nicht überschreiten und die Herstellung größerer Kaliber oder höherer Lonnengehalte als sie allen Staaten gestattet sind, verbieten.

Gleichzeitig wäre die Anwendung und Klarstellung einer auf alle Staaten anwendbaren Kontrolle zu betreiben die sich auf die Personalstärke wie auf die Herstellung oder Einuhr von Kriegsmaterial erstrecken würde. In einem zweiten Stadium des Abkommens wäre die allmähliche Abschaffung des über die jetzt greigsten qualitativen Grenzen hinausgehenden Kriegsmaterials vorzunehmen, ebenso allmählich die Steigerung der Zuteilung des erlaubten Kriegsmaterials an die den Militärbestimmungen der Kriegsverträge unterworfenen Staaten. (In dieser Forderung ist also die „Probezeit“, wenn auch unausgesprochen, so doch praktisch, enthalten. DRB-Redaktion)

Die französische Regierung ist bereit, die Heeresärkten, Kaliber und Lonnengehalte genau zu bejähern, meint aber, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zur Bestimmung dieser Zahlen allein nicht genügen könne. Schon jetzt sei aber gesagt, daß Frankreich gern in Aussicht nehmen würde, das Kaliber der allen Staaten gestatteten beweglichen Geschütze auf 15 Zentimeter herabzusetzen.

Hinsichtlich der Luftrüstungen erklärt sich Frankreich zum Vorteil des Bombenabwurfes unter den in der Entschließung zum 23. Juli 1932 festgelegten Bedingungen bereit und würde bei einer allgemeinen Herabsetzung der Stärke der hauptsächlichsten Luftflotten und bei einer wirksamen Kontrolle der zivilen Luftfahrt und der Herstellung von Luftfahrtmaterial eine Herabsetzung seines jezt im Dienste befindlichen Materials um 50 v. H. in Aussicht nehmen. Als Endziel sieht Frankreich immer noch Abschaffung aller nationalen und deren Ersetzung durch eine internationale Luftmacht.

Das „Aide memoire“ polemisiert dann weiter gegen das angebliche Bestreben der Reichsregierung, bei den Unterhandlungen von der Aufrüstung auszugehen, kritisiert das Ausweichen Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und fügt bekannte Allgemeinbemerkungen über die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung hinzu. Die französische Regierung würde es dennoch bedauern, wenn die diplomatischen Besprechungen, die die deutsche Regierung mehrfach gewünscht habe, nicht weitergeführt werden. Sie begrüßt ferner die Verhinderung der Reichsregierung, daß sie jederzeit bereit ist, etwa heftige Fragen zwischen Frankreich und Deutschland auf dem geeigneten Wege gütlich zu regeln und erklärt, daß sie diese Meinung teile. Lediglich werde eine Prüfung der Fragen vor denen Deutschland und Frankreich zur Zeit stehen — wo nun, nach dem Auspruch des Reichsländlers, zwischen unseren beiden Ländern keine territoriale Forderung mehr besteht — die deutsche Regierung schnell davon überzeugen, daß es sich nicht um französisch-deutsche, sondern um europäische Fragen handle. In diesem Zusammenhang verweist das „Aide memoire“ zum Schluß noch einmal ausdrücklich auf den Völkerbund als die Stelle, wo die Gleichberechtigung, die Deutschland so nachdrücklich fordere, ihrer praktische Anwendung finde.

Neues vom Tage

Eh rung eines Unteroffiziers

Berlin, 2. Febr. Der Chef der Bezirksleitung hat dem Unteroffizier Guntner des 21. (Bav. Infanterieregiments, dem Führer der leinertzeit bei Keit im Winkel von österreichischer Seite beschlossenen Schirmanschaft für sein bei dem Vorkall bewiesenes und umsichtiges Verhalten seine Anerkennung ausgesprochen und ihn zum überausbilligen Feldwebel ernannt.

Hindenburg empfängt die ausländischen Reiteroffiziere

Berlin, 2. Febr. Reichspräsident von Hindenburg empfing in Gegenwart des Inspektors der Kavallerie, Generalleutnant Knodenbauer, die aus Anlaß des Internationalen Reitturniers in Berlin anwesenden fremdländischen Offiziere. Nach einer kurzen allgemeinen Begrüßung, bei der der Reichspräsident sein Bedauern zum Ausdruck brachte, den teierlichen Kämpfen nicht bewohnen zu können, ließ er sich die Herren einzeln vorstellen. Beim Abschied gab der Reichspräsident der Hoffnung Ausdruck,

daß der Aufenthalt in Berlin bei allen Leinenern in guter Erinnerung bleiben und die kameradschaftlichen Beziehungen der Offiziere der verschiedenen Armeen miteinander pflegen wird.

Die Grenzpfähle der Länder fallen!

Horzheim, 2. Febr. Anschließend an eine Besprechung luden die politischen Leiter des Kreises Maulbronn der NSDAP. in elf Kraftwagen an die badisch-württembergische Grenze zwischen Knittlingen und Bretten. Noch etwas viertelstündiger Tätigkeit am Ort waren die beiden Grenzpfähle, schwarz-rot und gelb-rot-weiß ausgehoben. Das Eretania, das in Knittlingen reich bekannt wurde, zog viele Schaulustige an. Von dort zog man nach Enzberg, vor den Toren Horzheims, um auch hier die Grenzpfähle zu beseitigen.

Bulgarien lehnt einen Balkanpakt ab

Sofia, 2. Febr. Nach der Erklärungen, die Ministerpräsident Ruzhikoff in einer Unterhaltung mit Pressevertretern über die in Belgrad zusammengetretene Konferenz der vier Außenminister von Südslawien, Griechenland, Rumänien und der Türkei abgab, hält Bulgarien an ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber einem Balkan-Abkommen unabänderlich fest. Um indessen ihre Politik des Friedens und der Verständigung zu beweisen, habe die bulgarische Regierung allen Nachbarn vorge schlagen, mit jedem einzelnen von ihnen einen gegenseitigen Nichtangriffspakt abzuschließen. Mit der Türkei bestehe bereits ein solches Abkommen.

Die drei russischen Stratosphärenflieger an der Kreml-Mauer beigeht

Moskau, 2. Febr. Die drei Insassen des verunglückten sowjet-russischen Stratosphärenballons wurden am Freitag in einem Chevrolet an der Kreml-Mauer am Roten Platz feierlich beigeht.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 3. Februar 1934.

Die Lose des Winterhilfswerkes. — Ein glücklicher Gewinner. Die Lose des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes finden reichenden Absatz. Gerne unterstützt man das Winterhilfswerk und im Hintergrund steht natürlich die Hoffnung, eventuell dabei zu gewinnen. Kam da letzter Tage ein kleiner Junge aus Bernack in die hiesige Verkaufsstelle der Winterhilfsllose, in die Buchhandlung Lauf, kaufte ein Los, machte es auf und wie strahlte er, als er sah, daß er glücklicher Gewinner von 50 Mark war!

Tod über Shanghai. So heißt der Tonfilm, der über den Sonntag in den hiesigen Lichtspielen zur Vorführung gelangt. Es ist ein Abenteuerfilm von sabelhafter Spannung, ein Sensationsfilm von bisher unerreichten Ausmaßen, fesselnd, mitreißend, betäubend.

Handball. Ein schweres Spiel steht unseren Handballmannschaften morgen Sonntag am hiesigen Platz bevor. Gilt es doch, gegen die aufstrebende Hochdorfer Mannschaft den zweiten Platz zu behaupten.

Vollstreckung der Freiheitsstrafen. Nach einer Verordnung des württ. Justizministeriums über die Vollstreckung der Freiheitsstrafen wird der Vollstreckungsplan dahin geändert, daß durchweg an die Stelle der Worte „vier Wochen“ die Worte „sechs Wochen“ treten. Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1934 in Kraft. Sie findet auf Verurteilte, die am 1. Februar 1934 ihre Strafe schon angetreten haben, keine Anwendung, wenn es nicht im Einzelfall von dem Justizministerium ausdrücklich anordnet wird.

Wübbad, 2. Februar. (Eine Ehrung.) Vom Württ. Kriegerbund erhielten gestern aus Anlaß ihrer 50jährigen Zugehörigkeit zum hiesigen Krieger- und Militärverein folgende Kameraden den goldenen Ehrenschild: Christian Schmid, Zimmermeister; Johann Treiber, Sattlermeister, und Jakob Wacker, Farrenhalter i. R. Gleichzeitig ernannte der Vereinsführer, Hauptlehrer R. Pfar, diese Kameraden zu Ehrenmitgliedern des Vereins.

Eutingen, OA. Horb, 1. Februar. (Ein Messerfeld.) Am Dienstag in den frühen Morgenstunden leistete sich ein Knecht aus Bildechingen, nachdem er auf einer Hochzeitsfeier war, eine ganz brutale Messerstecherei. Zwei ruhige Eutingener Bürgerjöhne sind die belagerten Opfer: Josef Müller erlitt eine schwere Stichwunde in die linke Achsel und in das Gesicht; der Anzug wies noch weitere Stichwunden auf. Franz Söckler erhielt eine gefährliche Stichverletzung in die rechte Brust. Die Erbitterung in der hiesigen Bevölkerung über den Messerhelden ist begriffslosweise groß. Er wurde in Verwahrung genommen.

Stuttgart, 3. Februar. Die Winterkisse teilt mit: Donnerstagabend fand im Hauptbahnhof von einem erwerblosen Scharführer 1000 RM. gezogen worden. Der Scharführer ist seit zwei Jahren und heute noch erwerblos. Ferner wurden Donnerstag früh auf dem Marktplatz 500 RM. gezogen. Das Los wurde in 5 Teilen gespielt. Drei Frauen waren unter den Gewinnern, und zwar zwei Witwen und eine Rentnerin. Auch der letzte Mittwoch brachte dreimal 100 RM. Gewinne, die meist ärmeren Leuten zufielen. Ueberdies kamen noch mehrere 50 RM. Gewinne heraus.

Einkellung von Anwärtern für den gehobenen mittleren Postdienst. Im Bereich der Oberpostdirektion Stuttgart wird in nächster Zeit eine kleine Zahl von Anwärtern für den gehobenen mittleren Postdienst (Postsupernumerare) eingestellt. Es kommen nur Bewerber in Frage, die die Reifeprüfung an einer neunhufigen öffentlichen höheren Lehranstalt bestanden haben. Sie müssen arischer Abstammung sein, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und sollen das 23. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Unterhessheim, 2. Febr. (Tot augefunden.) Mittwochabend wurde bei der Marktungsgrenze (zwischen 38 Jahre alter hiesiger Werkmeister a. D. von hier neben dem Gehweg liegend von Passanten tot aufgefunden. Es wird vermutet, daß er bei dem Schneetreiben auf der glühigen Straße ausgeglitten ist und sich durch den Sturz einen Schädelbruch zugezogen hat.





Bekanntmachungen der NSDAP.

Hilferjugend, Schar 211

Die Kameradschaft Hinfelner tritt am Sonntag, 4. Febr., um 2 Uhr beim Postamt an. Diejenigen, die Eier haben, bringen diese mit.

Der Kameradschaftsführer: E. Hinfelner.

SNM. 78/R 413

Sonntagmorgen alles erst 8.30 Uhr. Wer Schneeschuhe hat, mitbringen.

Mauerer.

Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen Kreisleitung der NSDAP, Freudenstadt

Amtswalter des Bezirks IV. Am Sonntag, den 4. Februar 1934, vormittags 8 1/2 Uhr treten sämtliche Amtswalter des Bezirks IV in vorchriftsmäßiger Uniform auf dem Sportplatz „Bühl“ in Pfalzgrabenweiler an. Die noch nicht vereidigten Amtswalter haben pünktlich zu erscheinen. Um 10.30 Uhr: Vereidigung der unterverordneten Amtswalter und Schulungslehre.

Schulle.

Wibersach, 2. Febr. (G E r b h ö l e.) Nach den von der Gemeindebehörde gemachten vorläufigen Feststellungen fallen in Wibersach 42 bäuerliche Besitzungen unter das Erbhöfengesetz. Davon umfassen 5 Höfe je mehr als 20 Hektar; der größte Erbhof hat 27 Hektar. Durch die Eingemeindung von Berghausen kommen weitere 25 Erbhöfe dazu.

Oppingen, O.N. Blaubauern, 2. Febr. (Raubüberfall.) Am Dienstagabend ereignete sich auf dem hiesigen kleinen Bahnhof der Nebenbahn Amstetten—Laisingen, der ziemlich weit abseits von der Ortschaft liegt, ein Raubüberfall. Als die Tochter des Bahnagenteu auf dem Bahnhof das Licht anzumachen wollte, wurde sie von Unbekannten überfallen und ihr Viehler in die Augen gestreut. Darauf wurde sie von den Tätern, die es offenbar auf den Raub der Bahnhofskasse abgesehen hatten, in den Abort eingeschlossen, wo sie nach kurzer Zeit bewußtlos aufgefunden wurde. Den Räubern, die unerkannt entkommen sind, kann nur ein kleiner Geldbetrag in die Hände gefallen sein.

Memmingen, 2. Febr. (In Sicherheitsverwahrung.) Vom hiesigen Schöffengericht wurden die ersten Sicherheitsverwahrungen nach dem neuen Gesetz für Schwerverbrecher ausgesprochen. Im ersten Fall handelt es sich um den Tagelöhner Georg Renz von Brunnswalde, der in Württemberg und im bayerischen Schwaben Leute aufgelacht und um kleinere Darlehen geprellt hat. Der 15. Mal Vorbestrafte wurde zu 2 Jahren Zuchthaus und wegen Gemeingefährlichkeit zur Sicherheitsverwahrung verurteilt. — Der zweite Fall betraf den ebenfalls erheblich vorbestraften Dienstmacht Sautenthaler von Wasserburg bei Krumbach, der in der Umgebung Memmingens verschiedene Einbruchsdiebstähle ausgeführt hat. Er wurde zu 4 Jahren Zuchthaus und ebenfalls zur Sicherheitsverwahrung verurteilt.

Groß angelegte Registermarktschiebungen

Stuttgart, 2. Febr. In den letzten Tagen gelang es der Zollabwasmische Stuttgart nach umliegenden und sehr schwierigen Ermittlungen, wieder eine größere Gesellschaft von Registermarktschiebungen zu überführen. Diesmal handelt es sich in der Hauptmasse um italienische Staatsangehörige. Die Haupttäter, ein Kaufmann aus San Remo und seine Geliebte, besidnen sich zur Erlöschung der Registermarktschiebungen auf italienischen Italiener, teils arbeiteten sie mit in San Remo angeworbenen Trupps die gegen ganz beachtliche Belohnung und Erlös der Registerlösen zur Durchführung der Schiebungen nach Deutschland kamen.

Der Hauptbetrieb befand sich zunächst in München, mit „Blattbetrieben“ in Berlin und Dortmund, und wurde im Dezember nach Stuttgart verlegt. Hier erfolgte der Zugriff der Zollabwasmische. Die Haupttäter und mehrere Helfershelfer sind in Haft und der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Verlegung des Evangelischen Landeswaisenhauses

Das Evangelische Landeswaisenhaus muß von Elmangen verlegt werden. Es wird zunächst in dem bisherigen Lehrerseminar in Gmünd untergebracht. Eine endgültige Regelung bleibt vorbehalten.

Elmangen, 2. Febr. Auf Anordnung der württembergischen Regierung wird, wie schon kurz berichtet, das Evangelische Landeswaisenhaus in das leerstehende Lehrerseminar Gmünd verlegt. Der Umzug findet Mitte Februar statt. Am nächsten Sonntag, den 4. Februar, wird das Waisenhaus im hiesigen Gemeindegottesdienst verabschiedet. Der Waisenhausevorstand wird noch einmal singen und der Waisenhausevorstand wird die Predigt halten. Die 130 Waisenkinder werden über den Umzug bei Freunden des Hauses im Remstal einquartiert.

Gerichtssaal

Hamburger Sprengstoffprozeß

Insgesamt 176 Jahre Zuchthaus und 20 Jahre Gefängnis

Hamburg, 2. Febr. In dem großen Hamburger Sprengstoffprozeß, der das hiesige Sondergericht seit zwei Wochen lang beschäftigt hat, wurde das Urteil gefällt. Von den 31 Angeklagten wurden zwei freigesprochen. Gegen einen Angeklagten wurde das Verbrechen abgetrennt, die übrigen 28 Angeklagten wurden zum Teil unter Einziehung früherer rechtskräftig erkannter Strafen zu insgesamt 176 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Hauptangeklagten erhielten Zuchthausstrafen von 10 bis 15 Jahren.

Handel und Verkehr

Ulm, 2. Febr. (Vanderschau.) Nach einer Bekanntmachung der Württ. Landwirtschaftskommission findet am 23. März in der Max-Cas-Halle hier die 13. Landesvanderschau statt.

Schwarzwälder, Blaufelder: Milchweine 30—40 RM. — Freiländer: Milchweine 25—42 RM. — Leutkirch: Milchweine 5—18 RM. — Rottenfeld: Milchweine 29—36 RM. — Schömbach: Milchweine 22—28 RM. — Wünnenen: Milchweine 18—22 RM.

1. Hauptversammlung der Kreisbauernschaften Nagold und Calw

Die Bauern sehen hinter dem Volkstanzler Adolf Hitler und ihrem Bauernführer Walter Darre

Die Bauernschaft des Bezirkes Nagold tagte gestern nachmittags im „Löwenaal“ in Nagold. Der große Saal samt der Galerie war zum Füllen voll, als Kreisbauernführer Gemeindepfleger Kalmbach-Egenhausen die 1. Kreisbauernversammlung eröffnete. Der Vorsitzende begrüßte die Gäste und insbesondere den Landesbauernführer Arnold, dem die große Versammlung bei seinem Erscheinen eine spontane Huldbingung darbrachte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte ein gemischter Chor unter Einleitung des stellvertret. Kreisbauernführers Kaiser-Talhof das Lied „Kennst ihr das Land so wunderschön“ prächtig zum Gehör und gab somit den Rahmen zu der so harmonisch sich abwickelnden Tagung.

Der Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden beschränkte sich im wesentlichen auf die Ereignisjahre im ersten Jahr der deutschen Revolution, die auch die Auflösung des seit 1804 bestehenden Landwirtschaftlichen Bezirksvereins mit sich brachte. Wenn heute auch noch vieles nicht sei, wie es sein sollte, so sei doch festzustellen, daß j. B. der Milchpreis um 1/2 bis 2 Pf. pro Liter gestiegen sei und auch die Holzpreise nicht unansehnlich angezogen hätten. Auch zur Gestaltung der Viehpreise seien in der nächsten Zeit Maßnahmen zu erwarten. Der Redner sprach zum Schluß dem Landesbauernführer noch den speziellen Dank unseres Bezirkes aus, denn nur seinen Bemühungen sei es zu danken, wenn uns Pforzheim als Milchabgabegbiet geblieben sei.

Der Geschäftsbericht wurde vom Geschäftsführer Bühler-Spielberg gegeben, der ausführte, daß es ihm eine Freude sei, durch die Umkehrung sich für seine Berufsgenossen mit seiner ganzen Kraft einsetzen zu können und so mitzuarbeiten am Aufbau des dritten Reiches. Das Gesamtvermögen der Kreisbauernschaft betrage 16 688 81 Mark. Ein beträchtliches Kapitel seien die Beitragsrückstände, die meist noch aus der Zeit vor der Umkehrung stammten. Auch die Beiträge des ersten Vierteljahres 1934 gingen sehr spärlich ein. Er richtete die dringende Mahnung an die Bauernschaft, auch ihre Pflicht zu tun, denn nur dann sei ein drittes Reich so aufzubauen, daß sich ein jeder darin wohl fühlen könne.

Hierauf nahm Stabsleiter Glaser, der unseren Bauern je im Fremden war, das Wort zu seinem Vortrag „Der Bauer im dritten Reich“. Er führte u. a. aus: Es hätten nun wohl alle Volksgenossen allmählich die Erkenntnis gewonnen, daß der 30. Januar 1933 nicht nur ein Führerwechsel gewesen sei, sondern ein wirklicher Um- und Ausbruch der Nation, die ihren Abstieg noch nicht gefunden hat und deren Maßnahmen im grundsätzlichen Gegensatz stehen zu der liberalistisch-kapitalistischen Auffassung, die sich mit der französischen Revolution 1789 breitmachte und dem Grundgedanke huldigte, was mir nicht ist richtig und wenn dabei das Volk zu Grunde geht. Mit der Parole „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ hätte sie die Arbeiterklasse in das marxistische Jochwaller gelenkt und so die Schuttruppe für das Judentum geschaffen. Die Lebensauffassung des Liberalismus hätte mit aller Bestimmtheit seine Entschädigung im Bolschewismus finden müssen. Wenn wir unser Volk retten wollen, müssen also andere Wege eingeschlagen werden. Durch den Nationalsozialismus ist es gelungen, den Arbeiter wieder zur Volksgemeinschaft zurückzuführen. Der 30. Januar bedeutete aber nicht Erfüllung, sondern nur Voraussetzung für die Rettung unseres Volkes. Der Redner streifte die verschiedenen Parteienwirtschaft und zeigte auf, daß nur dann den verschiedenen Berufsständen gehalten werden könne, wenn sie gegenseitig sich verstehen lernen. Es gibt ohne soziale Einstellung keinen gesunden Bauernstand, und ohne gesunden Bauernstand keine gesunde Arbeiterpolitik. Die Existenzbedingungen müssen sich aufbauen auf Blut und Boden. Das Verdienst Adolf Hitlers sei es, wenn der Bauer heute wieder fest auf seiner Scholle stehe, und dafür soll er dem Führer danken, nicht mit dem Lippenbekenntnis, sondern durch rege Mitarbeit im Reichsnährstand.

Hierauf ergriff, lebhaft begrüßt, Landesbauernführer Arnold das Wort über „Agrarpolitik des Reichsnährstandes“. Er führte etwa folgendes aus:

Im Mittelpunkt der durch die neuen Agrargesetze eingeleiteten Bauernpolitik steht die Erhaltung des deutschen Bauern als der Grundlage für die Erhaltung deutschen Blutes. Der Nationalsozialismus befindet sich mit diesem in den Mittelpunkt stellen des bäuerlichen Menschen in klar bewusstem Gegensatz zum vergangenen System, dessen Denken sich fast nur mit Industrie, Handel und Weltmarkt befahte. Nach dem Abgang Bismarcks und seiner Erziehung durch Caprivi war der klassische Ausdruck für die einschlagende Richtung das Wort Kaiser Wilhelms II.: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“. Fast alles besahen wir vor dem Kriege, aber eines hatten wir nicht, nämlich keine eigene Ernährungsgrundlage. Das wurde uns zum Verhängnis. Gerade aber unter Außenhandel bildete eine der Hauptursachen für die gegen Deutschland aufkommende Feindschaft. Trotz dieser, von weislichen Römern längst erkannten Tatsache, trat nach dem Kriege keine Veränderung dieser sinnlosen Politik ein. Man verlangte, daß der Krieg bei vielen Völkern eigene Industrien ins Leben gerufen hatte, die heute als unsere Konkurrenten auftreten. Richtungsgebend und typisch für diese durch jahe Politik aber war der Börsempulskant.

Mit dem Siege des Nationalsozialismus trat eine vollkommene Wendung ein. War es der Geschäftsjahres und der jüdisch-kapitalistischen Romadentums, alles, auch das Letzte und Letzte, den Boden, als Ware in den Handel einzubringen und alles auszulösen, so gehen wir heute mit unserer Neuordnung den genau entgegengesetzten Weg. Es ist deshalb nur selbstverständlich, daß der Nationalsozialismus unter Führung Adolf Hitlers den absoluten Gegensatz alles Romadentums, den Bauern zur Grundlage seines Handelns erhob. Diese, die Neuordnung anbahnen, Gesetze wurden vielfach nicht verstanden. Besonders die Feinde alles Deutschen waren es, die dagegen Sturm liefen: Jude und Freimaurer; aber auch die schwarze und groß-agrarische Reaktion stellte sich dazu. Ungeachtet aller Widerstände werden wir jedoch unsere Revolution durchführen müssen. Trieb das alte System keine Freispolitik, so gab Reichsbauernführer Darre die Lösung: „Der Rentabilität und Preispolitik steht Bauerrecht!“

Im Zuge dieser Erkenntnis war eine gewaltige Aufbauarbeit zu leisten. Es galt zunächst, den Boden wieder neu zu binden, unverwundlich und unverwundbar zu machen, ebenso Stück um Stück lebenswichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem Handel zu ziehen, und das vielfach zwischen Erzeuger und Verbraucher stehende Schmarotzertum zu beseitigen. Dazu mußte zuerst in der bestehenden Ueberorganisation Ordnung geschaffen werden. Soweit hier heute noch Reste bestehen, ist mit ihrer endgültigen Aufhebung in Eile zu rechnen. An Stelle des mit absoluter Sicherheit eingetretenen totalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs hat nun der Bauer dank der neuen Marktregelungsgeetze für wichtige Produkte (Getreide) heute tragbare Preise. Die Milchwirtschaft ist in der Durchführung begriffen. Im Interesse des Ganzen muß vom Bauern

auch hier Disziplin erwartet werden. Der Bauer hat heute an den wichtigsten Zentralen der württembergischen Milchverarbeitung maßgebenden Einfluß. Die Regelung weltweiter wichtiger Produktionszweige steht bevor. Diese gesamten Marktgehehe zielen bewußt darauf hin, in Zukunft bleibe Konjunkturbetriebe auszuweichen. Eine gesunde Bauernwirtschaft soll sich möglichst vielseitig aufbauen.

Der Aufbau des Reichsnährstandes gliedert sich in vier Hauptabteilungen: Hauptabteilung I betreut den Menschen, die Hauptabteilung II den Hof, Hauptabteilung III die Genossenschaften und Hauptabteilung IV den Landhandel. Überall in diesen entscheidenden Stellen des Reichsnährstandes sind Bauern tätig, die wissen, wo den Bauern draußen im Reich der Schuh drückt. Für das Verhältnis von Genossenschaften zum Landhandel gilt, daß keine der beiden Abteilungen einseitig bevorzugt werden soll.

Das revolutionärste von den neuen Gesetzen ist das oft geschmähte und verächtliche Reichserbhöfengesetz. Auch hier fallen die Hauptgegner zusammen mit den Feinden unseres Volkes überhaupt. Sind die Voraussetzungen, Bauernfähigkeit, Ehrbarkeit und deutsche Blutzugehörigkeit vorhanden, so soll das Gesetz ohne starres Schema in Bezug auf den Umfang der Aternahrung überall da anwendbar sein, wo zwei oder mehr Generationen eines Geschlechtes allein vom Ertrag des Hofes leben und sich darauf erhalten konnten“. Auch der Einheitswert von 8000 Mark aufwärts stellt nur einen Richtmaß dar. Es soll durchaus möglich sein, Betriebe mit niedrigerem Einheitswert in den Genuss des Gesetzes kommen zu lassen. Dafür haben die bäuerlichen Auerbengerkörte zu sorgen. Das Gesetz wird aber auch für unsere Bauern eine große Bedeutung erlangen, indem es sie von der oft übermenschlichen Arbeitsüberlastung befreit und wieder in ihre eigentliche Mutter- und Erziehungsaufgabe einsetzt.

Den weisenden Erben wird nicht, wie oft aus Unkenntnis behauptet wird, der „Bettelstab“ zugeschoben, sondern ihnen steht die Siedlung offen. Kein Jungbauer soll aber glauben, in Zukunft siedeln zu können, ohne Dienst in der SA oder SS geleistet zu haben. Verlangt wird vom Siedler ferner der Nachweis der Bauernfähigkeit. Der Großteil der Siedlungsstellen wird Anliegersiedlungen geben. Auch Landverluste durch Autobahnen sollen nicht mit Geld, sondern mit Land entschädigt werden. Unter Hauptzielungsgebiet liegt jedoch im Norden. Württemberg wurde hier für Medienbura, Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schlesien zugewiesen. Nicht einzeln oder zerstreut soll der württembergische Siedler dort angeleitet werden, sondern in geschlossenen Dorfvorständen. Eine Siedlerstelle von etwa 50 Morgen ist heute einschließlich der Gebäude, dem notwendigen lebenden und toten Inventar für etwa 24 000 Mark zu haben. Von dieser Gesamtsomme muß ein Zehntel bar aufgebracht werden. Doch eine solche Leistung ist durchaus möglich ist, besonders dann, wenn noch steuerliche und anderweitige Befreiungen gewährt werden, wurde bereits durch Viehpfleger selbst einjähriger Bauernrecht erthätet. Bringt ein Siedler den verlangten Beitrag nicht auf, so ist anzunehmen, daß er sich auch kaum dazu eignen wird, an unserer größten Aufgabe mitzuarbeiten: neues Bauerntum zu schaffen. Wir stehen aber als Volk vor keiner anderen Wahl: entweder Schaffung neuen Bauernums oder Untergang. Hätte nicht zu unserem Glück der deutsche Bauer allen Anstürmen zum Trotz so Jahre standgehalten, wir würden heute in keiner deutschen Revolution mehr. Und nun wartet man auf den Siedlungssturz der Schwaben. Landesbauernführer Arnold schloß seine redende Rede mit dem Aufruf zur Mitarbeit und zum Einfluß des Bauernums für die hohen Ziele des Nationalsozialismus, damit demalst unsere Entel wieder mit Stolz singen können: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“.

Anschließend nahm Oekonomierat Häcker die Verteilung der Preise für die Saatgutlader vor. Einen 1. Preis erhielt die Gemeinde Ruffelden (Nagoldes) mit 100.—, einen 2. Preis die Gemeinden Egenhausen (Echoms Goldhafer), Emmingen (Kranke Hohenlöcher Gerste, Sulz (Echoms Goldhafer) mit je 100.—; einen 3. Preis Wüßbach (Niederrauhlunger), Eßringen (Echoms Goldhafer), Hallertob (Albweizen) mit je 20.—.

Kreisbauernführer Kalmbach verbreitete sich dann noch über die drei Arten des Entschuldigungsverfahren.

Die erste Strophe des „Deutschland“, und „Hörst Wessell“, Viehes und ein dreifaches „Sieghell“ auf den Reichspräsidenten, den Führer, Reichs- und Landesbauernführer bildete den Abschluß der eigentlichen Tagung.

Der Präsident der Reichsrundfunkkommission, Kapitän Weidert, nahm nach Vorstellung durch den Kreisfunktionar König das die Gelehrtheit wahr, in eindringlichen Worten zu den Bauern zu sprechen und ihnen klarzulegen, daß die nationalsozialistische Regierung den schaffenden Ständen die deutsche Kunst in erster Linie nahe bringen wolle. Er forderte die Bauern auf, nach dem Willen des Führers zu handeln und sich einen Radiopapararatzuzulegen und so den Umbruch der neuen Zeit mitzuerleben.

Auch Kreisleiter Lang richtete noch einige Worte an die Versammelten und forderte sie zu rege Mitarbeit auf.

Erste Hauptversammlung der Kreisbauernschaft Calw

Gestern nachmittags fand im „Lobischen Hof“ die 1. Hauptversammlung der Kreisbauernschaft Calw statt. Annähernd 600 Bauern füllten den Saal bis auf den letzten Platz.

Kurz nach 2.30 Uhr eröffnete Kreisbauernführer Hanselmann die Versammlung und begrüßte besonders die zahlreich erschienenen Gäste. Er widmete einige Worte des Gedankens der deutschen Revolution, warf einen Blick zurück und zeigte an Hand von Beispielen, wie in der Vorkriegszeit und dem Nachkriegszeit die Verknüpfung des Bauern herbeigeführt worden sei. Das Jahr 1933 habe nun die Wiedergeburt des deutschen Bauernums gebracht. Der Bauer sei von den Fesseln der Erde und des Kapitalismus befreit worden. Der Redner wies auch auf die großen Verdienste des Bauern an der deutschen Revolution hin. Adolf Hitler habe selbst gesagt, am deutschen Bauer sei der Kommunismus zerstückt. Wenn man die Verhältnisse von heute und vor einem Jahr betrachte, so müsse man unwillkürlich sagen, welche Wandlung durch Gottes Führung, Hanselmann appellierte an seine Bauern, die große Dankeschuld dem Führer gegenüber abzutragen durch größte Pflüchterfüllung.

Nun richtete Direktor Jügel als ehemaliger Jungbauer einige Worte an die Versammelten. Er könne es sich nicht vorstellen, auch auf eine Wandlung hinzuweisen. Als man vor einem Jahr einen Mann aus dem Vorstand entfernen wollte, habe er in der damaligen Hauptversammlung dazu Stellung nehmen wollen. Man habe ihm aus berechtigten Gründen das

Wort nicht gegeben. Er trenne sich nun feststellen zu können, daß dieser Mann heute unser Kreisbauernführer sei. Heil ihm!

Hierauf erteilte Hantelmann dem Kapitän Hg. Werber von der Reichsrundfunkkommission das Wort. Dieser überbrachte den Schwarzwaldbauern die Grüße des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und der Reichsrundfunkkommission. Wenn man am Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution ein Bild halte, so müsse man feststellen, daß ein Wandel geschehen sei. Adolf Hitler habe dem deutschen Bauern Ehre und Ansehen wieder gegeben. Der Bauer müsse das deutsche Kulturlieben mitleben, er müsse Herz und Seele öffnen für die deutsche Kultur. Kultur sei in früheren Tagen nur für eine hauchdünne Intellektuellenschicht dagewesen. Heute werde der Standpunkt vertreten, die Kultur und der größte Kulturschaffende, der Mensch, sei für das schaffende Volk, für den schaffenden Bauern da. In dem Volksempfänger, der nur 75 Mark koste, sei ein billiges Gerät geschaffen worden, dessen Anschaffung auch dem Bauern erschwinglich sei. Der Führer selbst habe die Worte geprägt: „Rundfunk in jedes Haus! Zur lebendigen Verbindung zwischen Volk und Rundfunk sei eine Funktionsorganisation, der nationalsozialistische Rundfunkverband NSR, gegründet worden. Mit der Anschaffung eines Rundfunkgerätes erfülle jeder Volksgenosse einen großen Wunsch unseres Führers.“

Nun gab Geschäftsführer Knecht den Geschäfts- und Kassenbericht. Nach diesem beträgt das heutige Vermögen der Kreisbauernschaft 2966,50 Mark. Der Mitgliederstand betrug vor einem Jahr 945, heute 1720 Mitglieder. Der Geschäftsführer gab bekannt, was für Beiträge die einzelnen Orte für die Hitlerpende gesammelt haben und was der Kreis zum Winterhilfswerk an Materialien und Geld geliefert hat. Dem Geschäftsführer wurde hierauf Entlastung erteilt.

Kreisbauernführer Hantelmann betonte, daß die Organisation künftig eine andere Form erhalte. Aus dem Landwirtschaftlichen Bezirksverein sei die jetzige Kreisbauernschaft hervorgegangen. Die Kreisbauernschaft werde sich in Zukunft nicht mehr am Einkauf und Verkauf beteiligen. Die Mitgliederbeiträge würden künftig durch das Finanzamt eingezogen.

Als die Hauptredner aus Nagold eintrafen, sprach hierauf Landwirtschaftslehrer Pletsch, der frühere Vorsitzende des Landw. Bezirksvereins, über die Anlegung von Gemeindefeldern. Von der Landesbauernschaft überreichte er der Kreisbauernschaft Liebsberg eine Preisurkunde. Liebsberg hatte in einem Bewerb den 3. Preis erhalten. Die Reichsregierung habe manderlei agrarpolitische Maßnahmen ergriffen. Der Bauer habe Rechte erhalten, aber auch große Pflichten. Ziel der Bauernpolitik sei, daß das deutsche Volk sich wieder aus eigener Scholle ernähren könne. Der Redner führte ein Beispiel mit Fett an. Wir könnten noch nicht unseren eigenen Bedarf mit Fett decken. Die Erzeugung von Fett müsse deshalb gesteigert werden. Dies könne durch Steigerung der Milchleistung der Kühe geschehen. Jedoch müsse nicht damit die Zahl der Kühe vermehrt werden, sondern es müsse eine Hebung der Leistungseigenschaften erfolgen. Um das zu erreichen, müsse das Futter einwirkreicher sein. Der Redner machte nun längere Ausführungen über die Pflege und Kennzeichnung von Vieh, ging auch näher darauf ein, wie man ein gutes Kraftfutter erhalten könne und kam schließlich noch auf den Anbau von Kaps, Weizen und Mohlen zu sprechen. Das seien drei große Ziele, die unbedingt erreicht werden müßten: 1. Steigerung der Futtererzeugung; 2. Erlangung eines besseren, vor allem einwirkreichen Kraftfutters; 3. Steigerung der Milchleistung.

Nach einer kurzen Pause richtete Kreisleiter Wurster kurze Worte an die Versammelten und wünschte der Tagung vollen Erfolg. Inzwischen war Landesbauernführer Arnold und Stabsleiter Glaser eingetroffen. Die Ausführungen dieser beiden Redner, die vorher bei einer Bauernversammlung in Nagold sprachen und die naturgemäß dieselben waren, bringen wir unter Nagold.

Kreisbauernführer Hantelmann gab dem Landesbauernführer die Versicherung mit, daß seine Schwarzwaldbauern treu hinter dem Führer stehen und schloß mit einem „Gegheil“ auf den Landesbauernführer und den Führer und Volksempfänger. Mit dem ersten Vers des „Deutschland“- und „Horst Wessel“-Liedes schloß die gewaltige und eindrucksvolle Tagung.

Beste Nachrichten

Sensationelle Aufklärung eines Todesfalles

Göttingen, 2 Febr. Die Kriminalbehörden stehen vor der sensationellen Aufklärung eines Todesfalles. Vor einigen Jahren starb in Hörde am Harz die Offizierswitwe Frau von Bertelsfeld, eine in der Gegend bekannte und geachtete Frau. Ihre Wittlerin, eine Frau Großkopf, machte alsbald einen die Erben der Verstorbenen Ansprüche geltend. Sie legte einen Darlehensvertrag mit Frau von Bertelsfeld vor, nach dem sie der Offizierswitwe angeblich 3000 RM geliehen haben wollte, die sie nun zurückverlangte. Da die Erben Einspruch erhoben, kam es zu einer Zwangsvollstreckung vor dem hiesigen Landgericht. Im Laufe des Prozesses wurde die überraschende Feststellung gemacht, daß die Unterchrift der Frau von Bertelsfeld gefälscht war. Die Staatsanwaltschaft erhielt von dem Vorsitz Kenntnis und ordnete die Ausgrabung der Leiche an. Der Sektionsbefund war überraschend. Die Leiche enthielt ein solches Quantum Arsenik, daß man damit eine ganze Familie hätte umbringen können. Zwischen wurde auch ermittelt, daß die Großkopf sich tatsächlich Arsenik verschafft hatte und durchaus nicht die makellose Frau war, für die man sie überall hielt. Sie ist wegen Betrugs bereits verurteilt. Frau Großkopf wurde festgenommen und ins Göttinger Untersuchungsgefängnis gebracht.

Gestorben

Bildbad: Karoline Schuhmann Witwe, 90 Jahre alt. Schömberg, Ost. Neuburg: Gottlieb Kusterer, Galtbei zum „Döhlen“, 70 Jahre alt. Feldrenn: Friederike Fauth geb. Klein, Gattin des Kabinettmeisters Fauth, 63 Jahre alt.

Druck und Verlag: W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig. Hauptverteilung: E. Paul. Anzeigenteilung: Gust. Wöhrle, Altensteig, D.-N. 12. 1933: 2150.

Schluss meines Inventurverkaufs am Dienstag, den 6. Februar 1934 Reinhold Hayer, Altensteig

Nützen Sie die außerordentlichen Vorteile.

Stadtgemeinde Altensteig.

Angebote auf Lieferung

von 50 Btz. gut eingebrachtes Material wollen bis 7 ds M's. bei der Stadtpfl. ab eingereicht werden.

Tuberikuloseprechstunden

in Nagold, Bezirkskrankenhaus, Montag, den 5. und 19. Februar 10—12 Uhr. Antidrotische Sprengstoff (Antidrot. in für Chlorsäurelösungen u. a.) Nachmittags 2—4 Uhr.

8. Februar

Schluss meines Inventurverkaufs

Benützen Sie noch die ungewöhnlich herabgesetzten Preise zu Einkäufen in Woll-, Wasch- und Seidenstoffen und Resten aller Art.

Gustav Wucherer, Altensteig.

mein Inventur-Verkauf:

in Glas, Porzellan u. Steingutwaren

dauert nur noch bis 8. Februar.

Nützen Sie zu Ihrem eigenen Vorteil diese Gelegenheit zum Einkauf.

Chr. Burghard jr. Altensteig

Egenhausen.

Sonntag und Montag



Mehlsuppe

wozu freundlichst einladet

Seeger zur „Krone“.

Morgen Sonntag



Mehlsuppe

mit musikal. Unterhaltung

wozu höflichst einladet

Wihelm Wurst jr. „Löwen“, Grömbach.

Obstbaum- u. Garten-Spritz

Fabrikat Holder

liefert zu Fabrikpreisen

Otto Kappier, Nagold, Fernruf SA. 401.

Städt. Forstverwaltung Altensteig.

Stangen- u. Brennholz-Verkauf.

Am Freitag, den 9. Febr. 1934, nachmittags 3 Uhr verkauft die Stadtgemeinde Altensteig aus Stadt- u. d. Egenhäuser Wald 7 Forstschläge.

Verkäufe: 31 I., 35 II., 3 III., 67 IV., 62 V. Kl.

Hopfenstangen: 71 I., 33 II. Kl.

In Brandhölde Nbt. 1. u. 3. Kette, Gelich, Freuden Abt. 4, 7, 19, 20, 21, 34, 35, 36, Hochdörfer Wald Nbt. 5, 7, 14 1/2 Am. Anbruch, 58 flächlose. Darunter 31 Stämme, los. Lo. verzeichnet durch die städt. Forstverwaltung.

Am Dienstag und Freitag bei auf weiteres

Fahrt nach Stuttgart

Abfahrt 8 Uhr. Anmeldungen bei Kappier, Gasthof „Grüner Baum“, Tel. 220.

Omniüberfahrt. Gebr. Gump, Baiersbrunn

Bergkleeheu und Oehmd

hat zu verkaufen oder gegen Schnittware zu vertauschen. Chr. R. Schreinermeister Emmingen

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst S. Erz. 4. Februar Vormittagsgottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über Ps. 1. V. 27: Erquicket. Lied 57, 231. Nachher Abendgottesdienst. Nachmittags 1/2 Uhr Christ. Kirche mit den Schönen. Abends 7/8 Uhr Gemeindefeststunde. Am Dienstag abend 8 Uhr Bibelstunde im Lutherhaus. Am Freitag nachmittags 2 Uhr Nachmittags abends 8 Uhr Sonntag abend im Lutherhaus.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 4. Febr. 9 1/2 u. 10 1/2 Uhr Predigt; 10 1/2 Uhr Sonntagsschule. Mittwoch, 20 Uhr Bibel- u. Gebetsversammlung.

Handball

So. Altensteig I u. II So. Hochdorf I u. II Spielbeginn: II 7/2, I 8 Uhr.



Morgen 9 Uhr. Mittwoch 8 Uhr. obere Stadt

Pf. Jägermeister.

Erstlicher Junge mit guter Schulbildung kann als

Fleischner-Lehrling

eintreten bei Karl Wolfer, Fleischhauer.

Ordnlicher Junge

findet gute Stelle, Kost und Wohnung in Hause, bei Joh. Gg. Rost, Metzgerei, Eitmannswiler.

Mann od. Frau

hier oder Umgeb. zur Übernahme einer selbständ. Geschäfte stelle vorhanden, m. d. Verkauf eines etw. Massengebrauchsartikels. Geb. streb. Person, die ich weichen Standes, mit einem Barcapital v. ca. 150 Mk. — wollen auf. Zuschriften einfinden unter Nr. 315 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Erzgrube Hundebörse

Morgen Sonntag im Bären.

Verkauf 3 Stück

Zug Ochsen

Tausche auch gegen Fette.

Reinhardt, Eitmannswiler.

Als Vermählte grüßen:

Christian Koch

Klara Koch

geb. Rothfuß

Egenhausen

Ebershardt

3. Februar 1934



PEAFF NÄHMASCHINE

Ein ganzes Leben lang haben Sie Freude daran! PFAFF-Nähmaschinen sind Sonderklasse, bewährt und erprobt! Seit über 70 Jahren nur Qualität. Zum Nähen, Sticken, Stopfen. Wir zeigen es Ihnen gerne. Kommen Sie in unser Fachgeschäft!

Paul Schaupp, Altensteig

ZUR KONFIRMATION!

Schöne Konfirmanden-Anzüge

in großer Auswahl von Mk. 19.— an Sportanzüge 2- und 3teilig, Straßenanzüge, einzelne Hosen, Uebergangsmäntel, Arbeitskleider, Blaue Arbeitsanzüge von Mk. 4.40 an

Anfertigung feinsten Herrengarderoben nach Maß

Von der Reichszugmesterei zugelassen zur Anfertigung sämtlicher Uniformen u. des von der deutschen Arbeitsfront vorgeschriebenen blauen Festanzugs

Karl Kübler, Altensteig

Herrenkeidergeschäft

